

Pressemitteilung

22. Oktober 2009

Embargo bis 22 Oktober 2000 um 15.30 Uhr

Beseitigung der Internet-Sperrung

Die Zahl der Behörden, die versuchen den Internet-Zugriff zu verhindern, wird immer größer – aber eine neue Untersuchung, die heute veröffentlicht wurde, resümiert, dass dies voraussichtlich fehlschlagen wird.

Der Bericht "*Internet Blocking: Balancing Cybercrime Responses in Democratic Societies*" wurde durch das Open Society Institute finanziell unterstützt. Vier erfahrene Experten, Cormac Callanan (Irland), Marco Gercke (Deutschland), Estelle De Marco (Frankreich) und Hein Dries-Ziekenheiner (Niederlande) führten gemeinsam dieses Forschungsprojekt durch. Callanan, der auch ein Mitglied des Internet Safety Advisory Council in Irland ist, teilte auf einer Pressekonferenz in Brüssel die Ergebnisse des Berichtes mit.

Uns sind die Anstrengungen, die unternommen werden das Internet in undemokratischen Ländern wie China zu zensieren, bewusst. Jedoch zeigt die Studie, wie Bemühungen vorangetrieben werden, Internet-Inhalte im gesamten demokratischen Europa zu sperren. In Deutschland, Großbritannien, Italien und Skandinavien sollen die Maßnahmen Websites mit kinderpornografischen Inhalten sperren. In Frankreich würde das vorgeschlagene „drei Treffer“ Gesetz den Zugriff derjenigen Benutzer beschränken, die Raubkopien herunterladen. In der Türkei hat das Fernmeldeamt mehr als 6.000 Websites gesperrt, u.a. auch die von YouTube, Geocities, DailyMotion und WordPress. Obwohl einige Motivationen der Internet-Sperrung nachvollziehbar sind – jedermann möchte zum Beispiel Kinderpornografie strafrechtlich verfolgen – verdeutlicht die neue Studie, dass diese Maßnahmen nicht richtig greifen. Es gibt viele technische Alternativen, um Internet-Zugriffe zu umgehen. Von größerer Bedeutung ist, dass Sperrmaßnahmen tiefgreifende Eingriffe in die Netzinfrastruktur sind und oft die fundamentalsten Freiheiten verletzen. Mit diesen Systemen ist oft eine inhaltliche Über- oder Untersperrung verbunden, und dies hindert die Straftäter nicht daran, Zugriff auf die Inhalte zu nehmen.

„Die Versuche, anstößige und beleidigende Inhalte zu sperren, gehen oft ins Auge,“ sagt Callanan. „Aus technischer Sicht ist es schwierig, aus legaler Sicht ist es problematisch. Insgesamt stellt dies eine wirkliche Bedrohung für den freien Informationsaustausch dar und steht in Widerspruch zu den demokratischen Prinzipien.“

Weiter Informationen erhalten Sie von

Cormac Callanan

Handy: +353 87 257 7791

Es ist bemerkenswert, dass eine derartige Studie nicht von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und veröffentlicht wurde, bevor die Kommission ihren Vorschlag für eine europaweite Einführung von Zugangssperren ausgearbeitet hat. Selbstverständlich ist der Schutz von Kindern ein Thema von größter Wichtigkeit, dies bedeutet aber nicht, dass die Kommission Maßnahmen vorschlagen sollte, die ineffektiv sind und sich auf die Informationsfreiheit in Europa auswirken können.

Graham Watson MdEP, ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Diese Studie leistet einen Beitrag dazu technische Fragestellungen und politische Zusammenhänge in der aufkommenden Debatte um Cybercrime und Internetsperrungen aufzuzeigen und deutlich zu machen.

Birgit Sippel MdEP, Mitglied des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

